



Managementabstract

Die Fachgruppe Verwaltungsinformatik gibt mit diesem Papier ihre Position zur Ausbildungssituation für die öffentliche Verwaltung an den IT-Planungsrat. Dabei wird die Notwendigkeit der Anpassung der Ausbildung für den allgemeinen öffentlichen Verwaltungsdienst im Kontext der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie für das dazu erforderliche Changemanagement unterstrichen. Zugleich werden aber auch strukturelle Veränderungsnotwendigkeiten herausgestellt. Gewünscht wird zudem, den bisherigen Studiengängen zur Verwaltungsinformatik eine Bedeutungssteigerung zukommen zu lassen.

Anlass des Papiers

Anlass zur Erstellung dieses Papiers gaben der Aktionsplan des IT-Planungsrates sowie die auf den Seiten des IT-Planungsrates veröffentlichte wissenschaftliche Studie „Aktuelle Ausprägung sowie Gestaltungsmöglichkeiten der E-Government-Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Verwaltung“¹.

Zielgruppe des Papiers

Dem Anlass entsprechend richtet sich dieses Papier zunächst an den **IT-Planungsrat**. Interessant dürfte es aber auch für Personen sein, die Verantwortung für Tätigkeiten des gehobenen Dienstes – oder vergleichbarer Ebene – in Bund, Ländern und Kommunen tragen. Dasselbe gilt für die hier angesiedelten Organisationsverantwortlichen. Darüber hinaus möchten wir das Papier dem GI-Präsidium und den GI-Mitgliedern zur Kenntnis geben.

Ziel des Papiers

Ziel des Papiers ist die Darstellung der wichtigsten **Aspekte zu der** durch die voranschreitende Digitalisierung **notwendig gewordenen Neuausrichtung des Personals und der Ausbildung für den öffentlichen Verwaltungsdienst** aus Sicht der in der Fachgruppe vertretenen InformatikerInnen aus Wissenschaft, Lehre und Praxis.

In **Punkt 1** werden **Empfehlungen zur Ausrichtung der Hochschullandschaft** getroffen. **Punkt 2** liefert **Kernaussagen zur Modernisierung der Ausbildung für den allgemeinen öffentlichen Verwaltungsdienst**. Dieser Beschäftigtengruppe gilt besonderes Augenmerk, da hieraus der Großteil der in der öffentlichen Verwaltung Beschäftigten rekrutiert wird. **Punkt 3** bietet **einen gesonderten Blick auf Aus- und Weiterbildungen** zum Verwaltungsinformatiker/zur Verwaltungsinformatikerin (Bachelor/Fachhochschul-Diplom).

1 Ausbildungssystem Hochschule / Weiterbildung

Wir halten es für sinnvoll,

- grundständige Studiengänge für den nicht-technischen Dienst (z.B. Verwaltungswirt) bzgl. ihrer Curricula entsprechend anzupassen (s. u.),

¹ IfG.CC – The Institute for eGovernment (Hrsg.).(23.10.2014). Wissenschaftliche Studie „Aktuelle Ausprägung sowie Gestaltungsmöglichkeiten der E-Government-Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Verwaltung“. Zugriff am 31.08.2015 unter http://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Entscheidungen/15._Sitzung/32_studie_e-gov_lang.html

Stellungnahme zur Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst an Hochschulen

Ergebnisse eines Arbeitsgruppen-Treffens vom 14.1.2015



- Aufbaustudiengänge für E-Government-Gestalter (primär für den nicht-technischen Dienst) neu zu konzipieren (hier schließen wir uns der Meinung der zitierten Studie an, dass ein ergänzendes Kompetenzbild zur Gestaltung von E-Government-Prozessen wünschenswert ist),
- die Nachfragesituation für grundständige Studiengänge zu Verwaltungsinformatik (Bachelor) deutlich zu verbessern und bei Wirkung diese Studiengänge auszubauen,
- genügend Masterstudiengänge der Verwaltungsinformatik (Bachelor/Master) und Forschungszentren / Lehrstühle an Universitäten mit Promotionsrecht einzurichten, damit eine ausreichende Zahl an wissenschaftlichem adäquat ausgebildetem Nachwuchs für Verwaltungsinformatik/E-Government entwickelt werden kann. Im Falle eines Ausbaus dieses Faches ist ein Nachwuchsmangel bereits abzusehen.

2 Allgemeiner Verwaltungsdienst

Kulturwandel herbeiführen

- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der zwingenden Haushaltskonsolidierung ist ein Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung zwingend notwendig. Erforderlich sind Beschäftigte, die der Digitalisierung, Vernetzung und zunehmenden IT-Durchdringung positiv gegenüberstehen. Sie müssen an Modernisierungen interessiert sein sowie die Bereitschaft und Fachkompetenz besitzen, Modernisierungserfordernisse zu erkennen, zu initiieren und mitzutragen.
- Die öffentliche Verwaltung benötigt Nachwuchs, der an einer gemeinsamen digitalen Neugestaltung der öffentlichen Verwaltung interessiert und bzgl. neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Veränderungen generell aufgeschlossen ist. In diesem Sinne ist die Verwaltungsausbildung neu auszugestalten und in Imagekampagnen zu bewerben. Hierzu wären Auswahlkriterien wünschenswert, damit diese Aspekte bereits bei der Rekrutierung von Studierenden (interne Hochschulen) bzw. von AbsolventInnen wirksam werden könnten.
- Zur Vermittlung zwischen Fachabteilungen einerseits und IT-Abteilung oder externen Auftragnehmern andererseits benötigt die öffentliche Verwaltung interdisziplinär ausgebildete Beschäftigte, die als kompetente Dolmetscher fungieren und beide Bereiche erfolgreich und im Sinne der Verwaltung zusammen bringen. Ein solches Profil bieten z. B. die vorhandenen Verwaltungsinformatik-Studiengänge.

Ausbildungsausgestaltung

IT und E-Government erfordern von den Beschäftigten in der Verwaltung neues Wissen, neue Fertigkeiten und neue Kompetenzen aus unterschiedlichen Gebieten. Notwendig sind VerwaltungsmitarbeiterInnen, die (Fach-)Anwendungen kritisch benutzen können und in der Lage sind, in Prozessen und Objekten zu denken sowie fähig und willens sind, Modernisierungsprojekte anzustoßen, auf der fachlichen Seite zu leiten sowie kontinuierlich zu begleiten. Interdisziplinäre Denk- und Arbeitsweisen müssen daher für die Ausbildung gefordert und intensiv gefördert werden.

Stellungnahme zur Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst an Hochschulen
Ergebnisse eines Arbeitsgruppen-Treffens vom 14.1.2015



Wir maßen uns nicht an, eine komplette Curriculum-Diskussion zu eröffnen. Uns ist bewusst, dass bei einem interdisziplinären Studiengang hieran immer auch fachspezifische Interessen- und Machtfragen geknüpft sind. Dennoch sind die folgenden Grundlinien Konsens:

Einbeziehung potenzieller Arbeitgeber sowie ausbildender Hochschulen

- Vor einer Überarbeitung bestehender Angebote entlang der von verschiedenen Seiten vorgebrachten Ideen ist unseres Erachtens unbedingt **auch die öffentliche Verwaltung in die Ermittlung ergänzend erforderlicher Kompetenzen einzubeziehen**. Und hier ist aufgrund der dort angesiedelten Vielzahl an Verwaltungsleistungen insbesondere an die kommunale Ebene zu denken. Wir empfehlen zudem, hierbei auch AbsolventInnen der letzten fünf bis zehn Jahre aus diversen Studiengängen, die für den allgemeinen öffentlichen Verwaltungsdienst ausbilden, zu Wort kommen zu lassen.
- Ebenso sind **solche Lehrende, deren AbsolventInnen in den öffentlichen Dienst einmünden, mit ihren Publikationen, Meinungen und Erfahrungen zum Thema einzubeziehen** und dies aus der Sicht der beteiligten unterschiedlichen Disziplinen. Dies sind in ganz überwiegendem Maße Lehrende der Hochschulen für den öffentlichen Dienst. Auch die internen Hochschulen sind zu berücksichtigen.
- Denkbar ist es schließlich auch, Beratungsunternehmen zu befragen, die derzeit in großem Maße bei Modernisierungsvorhaben der öffentlichen Verwaltung einbezogen werden und denen dann häufig die Aufgabe zukommt, E-Government-Projekte zu managen.
- Durch die Einbeziehung von IT-Dienstleistern, die ihre Leistungserbringung auf die öffentliche Verwaltung fokussiert haben (z. B. verwaltungsinterne Dienstleister, Eigenbetriebe und ggf. externe Dienstleister) können Erfahrungen bei der Einführung IT-gestützter Prozesse und die dafür erforderlichen Kompetenzen an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und IT erhoben werden.

Mit digitalem Wandel erforderliche Kompetenzen

- Hochschuladäquate Ausbildung erfordert, neben Kenntnissen auch **die zugrunde liegenden Strukturen** zu vermitteln, um die erlernten Kenntnisse im Sinne exemplarischen Lernens auf andere Kontexte transformieren zu können (**Transformationskompetenzen**). Dies gilt für informationstechnologisches Wissen aufgrund des schnellen technologischen Wandels im Besonderen.
- Grundlagen zu Informationen, zur Informationsverarbeitung, zur Strukturierung und Speicherung von Informationen, Internet-Technologien, Software-Landschaften, Software- und IT-Architekturen (Generalisten-Sicht)
- Technologische Grundlagen für ein erforderliches Verständnis der Möglichkeiten, Chancen sowie noch offenen Fragen zur Digitalisierung von Leistungsangeboten der öffentlichen Verwaltung
- Kosten-, Wirkungs- und Effizienzbetrachtungen verschiedener Lösungsansätze, Erkennen reiner Wirtschaftsinteressen, Verständnis für das Zusammenspiel von Lösungen innerhalb einer Verwaltung und übergreifend über verschiedene Organisationen und Verwaltungsebenen hinweg

Stellungnahme zur Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst an Hochschulen

Ergebnisse eines Arbeitsgruppen-Treffens vom 14.1.2015



- Notwendige Rahmenbedingungen für E-Government, Risiken und Herausforderungen von E-Government-Projekten und ihre Eingrenzung
- Methodische Grundlagen zum Projektmanagement, zum Risikomanagement sowie zum Geschäftsprozessmanagement (Beides käme auch anderen Feldern zu Gute: Öffentliche Verwaltung hat immer wieder einmalige, sehr komplexe Aufgaben zu schultern und das Strukturieren von Abläufen hilft nicht nur bei Überlegungen zu IT-Lösungen).
- Förderung von Modulen, die interdisziplinäre Blickwinkel eröffnen²
- Kenntnisse über die Bedeutung interdisziplinärer, (über)regionaler sowie organisations- und ebenenübergreifender Zusammenarbeit sowie zu Herangehensweisen, solche aufzubauen.

Ausbildungsstrukturen unterstützen

- Die teilweise problematische Lehrbuch-Literaturlage zu Themenfeldern des E-Governments für die ausgewiesene Zielgruppe sollte als Anlass genommen werden, das Schaffen einer offenen E-Learning-Plattform und die Erstellung öffentlich zugängigen Lehrmaterials zu fördern (**Open Educational Resources**). (Die derzeitigen Hochschulstrukturen setzen hierfür eher keine bis sehr geringe Anreize.) Dies könnte die in großem Umfang anstehende Ausbildungs-offensive und das Finden geeigneter Lehrkräfte hierfür unterstützen.
- Lehrstühle, die geeignet sind, die verstärkt erforderlichen Inhalte zu vermitteln, sind sukzessive aufzubauen. Um die IT-Inhalte adäquat abzudecken sollten auch InformatikerInnen bzw. VerwaltungsinformatikerInnen bzw. WirtschaftsinformatikerInnen mit entsprechender Ausrichtung auf eben diese berufen werden.

3 Verwaltungsinformatik

Zur Unterstützung der Veränderungsprozesse werden auch auf Positionen innerhalb der allgemeinen Verwaltung VerwaltungsinformatikerInnen benötigt, die in der Lage sind, auf Augenhöhe mit den hierfür regelmäßig involvierten unterschiedlichsten (externen) Dienstleistern zu reden/verhandeln.

Die bisherigen Angebote auf Fachhochschulniveau (HWR Berlin, HS Bund, Hochschule Rhein-Waal) sind durchaus so gestaltet, dass sie auch zur Rekrutierung von E-Government-Gestaltern herangezogen werden können.

Sie umfassen gerade interdisziplinäres Wissen aus Informatik, Wirtschaftswissenschaften, Rechts- und Verwaltungswissenschaften und vermitteln Sozialkompetenzen sowie Metho-

² Hier zwei denkbare Beispiele:

- a) Zusammenarbeit juristischer Spezialisten mit der IT-Spezialisten bei der Umsetzung von juristischen Fällen in entsprechende IT-Fachverfahren,
- b) Zusammenarbeit von BetriebswirtInnen und InformatikerInnen bei der Erstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen im Rahmen eines E-Government-Projektes

Stellungnahme zur Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst an Hochschulen

Ergebnisse eines Arbeitsgruppen-Treffens vom 14.1.2015



denwissen zu Projekt- und Prozessmanagement. Die gelehrtten Module greifen durchaus interdisziplinär zusammen. Ein näherer Blick in die Modulordnungen zeigt dies.

Studierende mit einem solchen Abschluss könnten sich z. B. über anschließende Tätigkeiten im Anforderungsmanagement und in der Projektsteuerung von IT-Projekten sowie in der Projektabnahme für Führungspositionen mit E-Government-Gestaltungsaufgaben weiter entwickeln.

Problematisch, weil äußerst gering, ist aber die Nachfrage nach diesen Studiengängen der Verwaltungsinformatik oder des E-Governments sowohl von Seiten der öffentlichen Verwaltung (offene Stellen) als auch von Seiten der Studierenden (Bewerbungslage).

Es ist daher zu fordern,

- dass diese Studiengänge so beworben werden, dass sie einen Bekanntheitsgrad wie die Wirtschaftsinformatik erhalten,
- dass Studierenden dieser Fachrichtung genauso wie WirtschaftsinformatikerInnen Möglichkeiten aufbauender Masterstudiengänge angeboten werden,
- dass AbsolventInnen dieser Studiengänge ähnliche Perspektiven geboten werden, wie Studierenden allgemeiner Verwaltungsstudiengänge, die einen Master im Bereich E-Government-Gestaltung aufsetzen (s. u.),
- dass AbsolventInnen auch in der öffentlichen Verwaltung attraktive Laufbahnen und Karrierewege angeboten werden,
- dass als ein weiterer Zugang zur Verwaltungsinformatik für Personen mit einem Abschluss für die allgemeine öffentliche Verwaltung ein weiterbildender Master-Studiengang für Verwaltungsinformatik eingerichtet wird. Die Aufnahme eines solchen Programmes sollte gefördert werden, z. B. dadurch, dass bei Erfolg ein Wechsel der Laufbahngruppe ermöglicht wird.

An der Fachhochschule Meißen wird derzeit an einer Neuauflage eines solchen Masters gearbeitet. Hier könnte ein Referenzrahmen für ein solches Weiterbildungsangebot entstehen.

Verantwortung

AutorInnen

Dagmar Lück-Schneider (Sprecher der Fachgruppe Verwaltungsinformatik (FGVI)), Siegfried Kaiser (Stellvertretender Sprecher der FGVI), Detlef Rätz (Stellvertretender Sprecher der FGVI)

TeilnehmerInnen des Treffens: Dr. Siegfried Kaiser, Prof. Dr. Irene Krebs, Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider Prof. Dr. Jana Petzold, Prof. Dr. Detlef Rätz, Prof. Dr. Jörg Schmittwilken, Prof. Dr. Anne-Dore Uthe

Erweiterte Zustimmung: Das Leitungsgremium der Fachgruppe hat das Papier vor Herausgabe zustimmend zur Kenntnis genommen.